

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM

2018

Preis der „schwarzen Null“:
Verteilungsdefizite und Versorgungslücken

Inhalt

Vorwort	9
I. Kurzfassung des MEMORANDUM	11
II. Langfassung des MEMORANDUM	59
1 <i>Europäische Integration: Kooperation statt Nationalismus</i>	61
1.1 Kooperation als Chance	61
1.2 Bestandsaufnahme	63
1.3 Intra-EU-Handel als Krisentreiber?	70
1.4 Expansive Geldpolitik alimentiert Finanzpolitik – Banken bieten weiterhin eine Angriffsfläche	73
1.5 Was wird nun aus der EU und der Eurozone?	74
2 <i>Deutsche Wirtschaft: unverändert auf dem falschen Weg</i>	79
2.1 Differenzierte Wachstumsentstehung und -entwicklung	79
2.2 Wachstumskritik	85
2.3 Wachstum und Verteilung	88
2.4 Wettbewerb muss staatlich kontrolliert und Machtmissbrauch sanktioniert werden	91
2.5 Kein Ende des Laissez-faire	96
2.6 Versagende Politik	98
3 <i>Wohnungsmangel: öffentlich bauen</i>	103
3.1 Warum wurden in den letzten 20 Jahren zu wenige Wohnungen gebaut?	105
3.2 Wohnimmobilien: Fiktives Kapital und staatliche Interventionen	106

3.3	Wohnungspolitik und Wohnungsmarkt in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre	113
3.4	Neuer Wohnungsmangel	117
3.5	Die Wohnungsfrage als sozial- und verteilungspolitisches Problem	118
3.6	Marktkonforme Antworten auf den Wohnungsmangel	121
3.7	Eine Alternative: Öffentliche Investitionen für den Aufbau eines neuen kommunalen Wohnungsbestands	128
4	<i>Pflege in der Dauerkrise</i>	137
4.1	Symptome eines sich verschärfenden Pflegenotstandes	137
4.2	Krankensektor im Marktwettbewerb: Pflegekräfte sowie Patientinnen und Patienten als Verliererinnen und Verlierer	140
4.3	Strategie von Markt und Wettbewerb schafft neue Probleme, statt alte zu lösen	146
4.4	Altenpflege: Rationierung und die Logik des Marktes unterminieren das politische Qualitätsversprechen	154
4.5	Ein Paradigmenwechsel mit Abkehr vom Marktwettbewerb und ein Masterplan Pflege sind nötig	161
5	<i>Bedingungsloses Grundeinkommen: Rückschritt für den Sozialstaat</i>	171
5.1	Soziale Implikationen einer auf einem Bedingungslosen Grundeinkommen basierenden sozialen Sicherung	173
5.2	Politische Implikation einer BGE-basierten sozialen Sicherung	180
5.3	Wer soll das bezahlen?	185
5.4	Fazit	187

6	<i>Schuldenbremse: Investitionsoffensive statt „schwarzer Null“</i>	193
6.1	Gestaltende Politik mit verantwortungsvoller Kreditfinanzierung	193
6.2	Schuldenabbau und stabiles Wirtschaftswachstum: Irren die Kritikerinnen und Kritiker der Schuldenbremse?	206
6.3	„GroKo“-Vereinbarungen und finanzpolitische Forderungen	211
7	<i>Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – eine Bilanz</i>	215
7.1	Regulierung seit der Krise	216
7.2	Gesamtwirkungen der Reformen	233
7.3	Die blinden Flecken der Finanzmarktregulierung	236
8	<i>Bildung: unverändert hohe Finanzierungsdefizite</i>	241
8.1	Bildungsversprechen werden nicht gehalten	241
8.2	Bildung schützt nicht vor Prekarisierung	242
8.3	Unterfinanzierung der Bildung setzt sich fort	245
8.4	Erheblicher Investitionsbedarf in Bildungsinfrastruktur	251
	Tabellenanhang	257